Heraus zum revolutionären 1. Mai

Es gibt kein Ende der Geschichte

Zusammen gehört uns die Zukunft!



Demo • 13 Uhr • Rosa-Luxemburg-Platz
Aufruf zum antifaschistischen Block

Heraus auf die Straße!

Der 1. Mai geht weiter

Erstmals nach mehreren Jahren wird es in Berlin wieder eine revolutionäre 1. Mai-Demo geben, die von einem breiteren linksradikalen Bündnis unterstützt wird. Sie wird durch den Prenzlauer Berg führen.

Der 1. Mai ist ein weltweiter Kampftag um soziale Rechte und für eine Gesellschaft, in der diese sozialen Rechte tatsächlich verwirklichbar sind. Dieses Datum hat für uns eine besondere Bedeutung. Es stellt eine der wenigen Gelegenheiten dar, als Linke aktiv an die Öffentlichkeit zu treten, statt nur unmittelbar auf Tagespolitik zu reagieren. Der Kampf um soziale Rechte, Antimilitarismus, Internationalismus: Themen, die mit der über hundertjährigen Geschichte des 1. Mai untrennbar verbunden waren und die wieder brandaktuell geworden sind. Die letzten Jahrzehnte waren geprägt von den staatlichen Versuchen, die vorwärtsweisenden Forderungen einer fortschrittlichen Linken in Schranken zu halten, in lahme Rituale zu verwandeln oder im eigenen Sinne zu vereinnahmen. Jetzt wird der Durchmarsch von Rechts geübt: es wird nicht mehr beschwichtigt, sondern zurückgedrängt. In einem historisch gesehen hohen Tempo soll in der BRD beseitigt werden, was vornehmlich die Linke in diesem Jahrhundert Staat und Kapital an Zugeständnissen abgetrotzt hat.

Aufruf zum Antifablock

Für uns bedeutet konsequenter Antifaschismus immer auch den Kampf für eine revolutionäre Perspektive. Das heißt, den Kampf ums Ganze von einem konkreten Ausgangspunkt zu führen.

Antifaschismus ist keine eingeschränkte Politik, die gebannt auf die Neo-Nazis starrt und dabei die Umstände vernachlässigt, die den Faschismus möglich machen.

Die Versuche der Faschisten in den letzten Jahren, den 1. Mai in Berlin in ihrem Sinne durch Aufmärsche zu prägen, wurden von der Antifa gestört und verhindert. Doch auch unabhängig von solchen faschistischen Provokationen ist uns die Wichtigkeit einer wahrnehmbaren linken Demonstration bewußt. Schließlich greifen die Neo-Nazis auf eine in der deutschen Bevölkerung weitverbreitete nationalistische Grundstimmung zurück, die durch den kapitalistischen Normalzustand genährt wird. Ein Normalzustand, für den ein internationalistischer und revolutionär orientierter 1. Mai immer Störfaktor und Gegenbezugspunkt sein wird.

Deshalb beteiligen wir uns als AntifaschistInnen selbstverständlich am 1. Mai und fordern alle anderen Linken auf, ihren Teil zu diesem gemeinsamen Kampftag beizutragen.

Über den Tag hinaus

Eine Demonstration am 1. Mai kann nur so stark sein wie die Linke, die diese trägt. Doch das Datum mit seiner Symbolkraft werden wir uns nicht nehmen lassen. Heraus auf die Straße! Komplexe Konflikte auf einen einfachen Nenner zu bringen, heißt schließlich immer, den Kampf auch symbolisch zu führen. Darum müssen wir auch weiterhin die Möglichkeit nutzen, Anlässe wie den 1. Mai im Sinne einer radikalen Linken zu gestalten.

Heraus zum revolutionären 1. Mai!



Oben: John Heartfield, Arbeiter Illustrierte Zeitung, 1931
Mitte: Revolutionäre 1. Mai-Demo in Berlin-Kreuzberg 1988.
Links: „Die Demonstration" Linolschnitt zum 1. Mai, Masereel, 1930:

Geschichte des 1. Mai

Wie alles anfing

Der 1. Mai begann 1889 als „Tag der internationalen Solidarität und des Kampfes des Proletariats", als Antwort auf die Ereignisse in Chicago zwei Jahre zuvor. Dort hatte die Polizei militante Proteste für den 8-Stunden-Tag mit Waffengewalt erstickt und die vermeintlichen Anstifter der Revolte kurz darauf hingerichtet. Ausgangspunkt des 1. Mai waren also Protestformen der militanten Revolte.

Ging es zu Beginn hauptsächlich um die Forderung des 8-Stunden-Tages, der, nach Marx, festlegen sollte, „wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt", wurden die 1. Mai-Demonstrationen zunehmend mit weiteren politischen Forderungen begangen. Je stärker das Bewußtsein wurde, als Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus zu kämpfen, desto umfassender wurden die Forderungen nach einer grundlegenden Veränderung der Verhältnisse. Dies wird deutlich an den Forderungen nach der Abschaffung der Sozialistengesetze, für die Demonstrationsfreiheit, für das allgemeine Wahlrecht, für die Gleichstellung der Frau und für die Abschaffung des Zarismus in Rußland.

Der revolutionäre 1. Mai

Entscheidend für die Geschichte nicht nur des 1. Mai wurde der Bruch innerhalb der Linken während des 1. Weltkrieges: Sie teilte sich in einen revolutionären Teil, der weiterhin für die grundlegende Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse kämpfte und in eine reformistische Mehrheit, die sich in der Folgezeit mit dem System versöhnte, sich an der Macht beteiligte und nur noch innerhalb der bestehenden Verhältnisse Verbesserungen herbeiführen wollte. Anlaß für den Bruch in Deutschland war das Einstimmen der Sozialdemokraten in die nationalistische Kriegshetze im 1.Weltkrieg, indem sie im Parlament Kriegskredite bewilligte. Diese Spaltung der Linken fand auch am 1. Mai ihren Ausdruck. In die Geschichtsbücher eingegangen ist insbesondere der „Berliner Blutmai" 1929. Die reformistischen Kräfte der SPD hegten die begründete Befürchtung, daß ihnen die revolutionäre Linke in Form der KPD den Rang ablaufen könnte. Der preußische SPD-Innenminister verbot die geplante 1. Mai-Kundgebung der Kommunist-tInnen. Daraufhin legten 200.000 ArbeiterInnen die Arbeit nieder und folgten dem Demonstrationsaufruf der KPD. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, ließ auf die demonstrierenden ArbeiterInnen schießen. 31 von ihnen wurden getötet. Der nachfolgende bewaffnete Aufstand wurde nach mehreren Tagen blutig niedergeschlagen.

Kampf gegen Faschismus

Die darauffolgenden Jahre und damit auch der 1. Mai waren geprägt von dem Ringen um eine Einheitsfront gegen den Faschismus. Als die Nazis nach ihrem Machtantritt 1933 den 1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit" machten, versuchten sie die Mobilisierungskraft diese Datums für sich zu nutzen und dem Kampftag der revolutionären ArbeiterInnenbewegung ein Ende zu bereiten. Unterstützt wurden die Faschisten dabei von den Kapitalistenverbänden.

Auch der ADGB (Gewerkschaft) versuchte mit den Faschisten zu

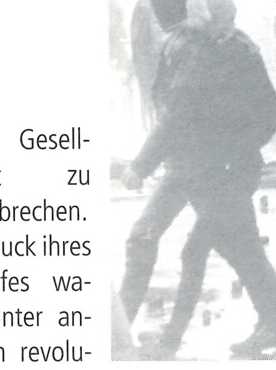
Oben: Berlin 1929: Nach dem polizeilichen Angriff auf die alljährliche Demonstration zum 1. Mai bricht ein Aufstand los. Barrikaden werden gebaut und Polizisten aus dem Hinterhalt angegriffen.



Unten: Demonstration am 1. Mai 1919 in Zürich.

Geschichte des 1. Mai





1. Mai 1989 Berlin-Kreuzberg: Anrückende Polizei wird angegriffen und Barrikaden werden errichtet.



paktieren, indem er über seine Zeitung verbreiten ließ, es sei „als eine Sinnerfüllung des alten Mai-Gedankens zu betrachten, wenn am ersten Mai dieses Jahres (1933) an die Stelle des traditionellen Bekenntnisses zur internationalen Solidarität der Arbeiterklasse das Solidaritätsbekenntnis der Nation zu ihrem Arbeiter tritt". Doch auch die Gewerkschaften wurden verboten und ihre Funktionäre in Konzentrationslager verschleppt.
Obwohl der Widerstand der ArbeiterInnen und der KPD groß war, konnte er letztendlich die Zerschlagung der revolutionären ArbeiterInnerbewegung nicht verhindern.

Befriedung in der BRD

In der BRD blieb der 1. Mai nach 1945 „Tag der Arbeit" und wurde zum propagandistischen Höhepunkt von Sozialpartnerschaft und Wiederaufbau. Die Gewerkschaften knüpften nicht wieder an die revolutionären Inhalte des 1. Mai an. Ihre Forderungen stellten den Kapitalismus nicht mehr in Frage, sondern sie versöhnten sich mit ihm. Durch die Einbeziehung der ArbeiterInnen in ein nationales Wohlstandskonzept, welches vorgeblich um das Wohl aller bemüht war, letztendlich aber nur dem Zweck diente, die Klassengegensätze zu verschleiern, waren die ArbeiterInnen befriedet worden.
Erst Ende der sechziger Jahre entwickelte sich im Rahmen der „68er-Bewegung" wieder eine starke systemoppositionelle Linke. Diese setzte sich zum Ziel, die Kontinuität des Faschismus in Staat und Gesellschaft zu durchbrechen. Ausdruck ihres Kampfes waren unter anderem revolutionäre 1. Mai-Demonstrationen, an denen sich z. B. 1968 in Berlin 40.000 Menschen beteiligten.

Feiern in der DDR

In der DDR, in der der Sozialismus zur Gesellschaftsform erklärt worden war, erhielt der 1. Mai selbstverständlich einen anderen Charakter. Er wurde zum sozialistischen Staatsfeiertag, diente der Selbstbestätigung und war eine Pflichtveranstaltung für die Massen. Entscheidender als die an diesem Tag zum Ausdruck gebrachten offiziellen Verlautbarungen war aber die Tatsache, daß sich damit ein System artikulierte, das zumindest in bezug auf seine sozialen Rechte und Sicherheiten bis zuletzt für den Kapitalismus eine Bedrohung und Einschränkung seines Handlungsspielraums darstellte.
In beiden deutschen Staaten wurde der 1. Mai jedoch vorrangig zum systembestätigenden Ritual ohne Ausstrahlungskraft, der aber als Kampftag für soziale Rechte im allgemeinen Bewußtsein verankert blieb.

Der autonome 1. Mai

So wurde in der BRD 1987 eine beträchtliche öffentliche Aufmerksamkeit erzielt, als sich in Berlin-Kreuzberg erstmals wieder eine 1. Mai-Feier spontan und nicht in den vorgegebenen Bahnen abspielte: Es kam zu stundenlangen Straßenkämpfen mit der Polizei, an der sich nicht nur autonome Gruppen, sondern auch viele KiezbewohnerInnen, vor allem ImmigrantInnen, beteiligten. Es kam zu Plünderungen und Barrikadenbau; einige Stunden lang waren Teile Kreuzbergs durch die Polizei, die massiv angegriffen wurde, nicht kontrollierbar.
Damit wurde ein grelles Licht geworfen auf die miserable soziale Lage vieler KreuzbergerInnen. Gleichzeitig wurde ein gesellschaftliches Signal gesetzt durch die „Anti-Berliner" (so bezeichnete Bürgermeister Diepgen die Protestierenden), da genau in diesem Jahr der Senat seine prunkvollen „750 Jahre Berlin" -Feiern ausrichten ließ.
In bezug darauf wird seit 1988 jährlich von der radikalen Linken in Berlin eine revolutionäre 1. Mai-Demo durchgeführt. Ohne auch nur annähernd an die geschichtliche Bedeutung anknüpfen zu können, bleibt sie doch dem ursprünglichen Anliegen verpflichtet: der Konfrontation mit den herrschenden Verhältnissen.
Sie ist über Berlin hinaus zu einem Anziehungspunkt für Menschen geworden, die an diesem Tag ihren Haß auf das System zum Ausdruck bringen wollen.

Kampf um soziale Rechte



SchülerInnen-Demo März '96 in Berlin-Wedding: 5000 SchülerInnen protestierten gegen die Kürzungen im Bildungswesen. Demonstrationen gegen Kürzungen in allen sozialen Bereichen prägen das tagespolitische Bild in ganz Europa

Natürlich hängt die Entwicklung dieser Kämpfe auch davon ab, ob eine Linke existiert, die Perspektiven und Alternativen aufzeigen kann.

Widerstand wird organisiert

Die Erkämpfung sozialer Rechte als ursprüngliches Anliegen des 1. Mai hat aktuell an Bedeutung gewonnen. Seit 1995 brechen in Europa soziale Kämpfe los, die in ihrer Breite und Heftigkeit für die letzten Jahre beispiellos sind.

Für viele überraschend prägen plötzlich Massenproteste gegen Werkschließungen, gegen Kürzungen im Bildungswesen und im Sozialbereich das tagespolitische Bild. Motiviert durch die heftigen Kämpfe in Frankreich, entwickelt sich auch in der BRD Widerstand. Unklar ist, ob dieser bei reinen Verteidigungskämpfen stehenbleibt und dann den reformistischen Charakter von Rückzugsgefechten annimmt.

Reformisten wiegeln ab

Reformistische Kräfte wie SPD und DGB passen ihre Programme unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Krise den veränderten Bedingungen an.

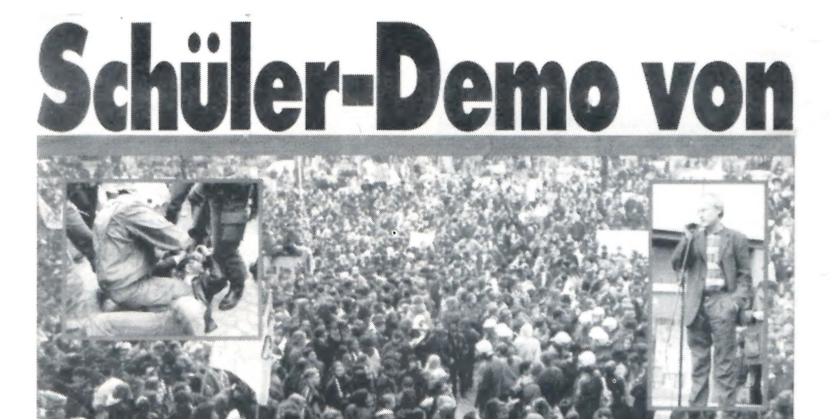
Für Kriegseinsätze der Bundeswehr liefern sie inzwischen die „humanitäre" Begründung, und sie verzichten auch auf weitergehende soziale Forderungen. Ihnen kommt lediglich noch die Aufgabe zu, durch „konstruktives" Mitwirken am Abbau des „Sozial"staates Unruhen wie etwa in Frankreich im Winter 95/96 zu verhindern und ein ruhiges Hinterland zu garantieren. Für Reformen, die diesen Namen verdienen würden, bleibt unter diesen Umständen nur sehr wenig Platz.

Verbesserungen müssen her - Der Staat muß weg!

Trotzdem ist es wichtig, Reformen und Zugeständnisse zu erkämpfen, da sie eine weitere Verschlechterung der Lebenssituation Vieler abmildern. Sie können aber nicht das hauptsächliche Ziel linken Widerstands sein, sondern nur auf dem Weg für die Erkämpfung einer radikal anderen Gesellschaft liegen.

Wie weit die aufflammenden Kämpfe den 1. Mai bestimmen werden, der ja immer auch Ausdruck der aktuellen Gesellschaftslage ist, muß sich noch entscheiden. In der Verantwortung einer revolutionären Linken liegt es, ihren Teil zu den entstehenden Auseinandersetzungen beizutragen.

Die soziale Frage in unserem Sinn beantworten!
Für die radikale Umverteilung von oben nach unten!



Hetzartikel in der BZ zu SchülerInnenprotesten im März '96: Widerstand wird als von „außen hereingetragen", also gar nicht richtig zu den sozialen Kämpfen dazugehörend, diffamiert. Alternativ wird militanter Widerstand verschwiegen. Bei den Massendemos des Berliner „Bündnisses gegen Sozialabbau" in den letzten Monaten wurden z.B. das Büro einer Wohnungsbaugesellschaft und Bonzenautos demoliert, ohne daß ein Großteil der Presse dies mit einem Wort erwähnte. Wenn breiter Protest und entschlossener Widerstand erfolgreich zusammenfallen, können Kämpfe zur Bedrohung für die herrschenden Zustände werden.

Antimilitarismus



Links: Karl Liebknecht widersetzte sich am 1. Mai 1916 der nationalistischen Kriegshetze mit den Worten: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

Krieg dem Krieg

Untrennbar mit dem 1. Mai verbunden ist der Kampf gegen Kriegsgefahr, gegen den imperialistischen Krieg und gegen die Militarisierung der Gesellschaft. Dieses klassische Kampffeld der Linken ist treffend gekennzeichnet durch die historischen Worte Karl Liebknechts am 1. Mai 1916: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!". Damit wandte er sich gegen die nationalistische Kriegshetze, an der sich auch die SPD beteiligte. Diese schloß einen „Burgfrieden" mit dem am Krieg profitierenden Kapital. Liebknecht forderte dazu auf, den Krieg zu beenden und stattdessen das System anzugreifen, welches Europa mit Hunger und Krieg überzogen hatte. Ein Standpunkt, dem sich seitdem Antimilitaristen verpflichtet fühlten, deren Kampf zwangsläufig immer aktuell blieb angesichts zweier Weltkriege und der anschließenden ununterbrochenen Folge von regionalen Kriegen.

Die Friedensbewegung löst sich auf

Mit dem Zusammenbruch der Ostblockstaaten verlor der „Ost-West-Konflikt" an Bedeutung und führte nicht mehr zu dem Gefühl eigener Bedrohung, das in Europa die Masse der Kriegsgegner mobilisiert hatte. Seitdem ist der imperialistische Normalzustand eingekehrt. Zur Absicherung ökonomischer Interessen der BRD wird verstärkt auch direkt die Bundeswehr im Ausland eingesetzt. Dort soll sie für „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und den umfassenden Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" sorgen (aus: aktuelle „Verteidigungspolitische Richtlinien" des Kriegsministeriums).

Deutsche Armeen in einer langen Tradition.

Ja, Morden.

Morden im In- und Ausland ist für deutsche Soldaten nichts Ungewöhnliches. Erinnern wir uns: • Angriffskrieg gegen Frankreich 1871 • Deutschland beginnt einen Weltkrieg • Deutschland beginnt noch einen Weltkrieg • Somalia 1993/1994. Menschen zu töten gehört zur Tradition von (deutschen) Armeen.

Darauf sind wir stolz.

Wir sind immer noch da.

BUNDESWEHR

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Kriegsdienste verweigern!

Dieses Plakat war im März '96 Anlaß für die polizeiliche Stürmung von Zeitungsgebäuden und eines Büros der „Kampagne gegen Wehrpflicht".

Deutschland marschiert

Seit 1989 befindet sich Deutschland mit Vehemenz auf diesem Weg zur Weltmacht. Durch die Softversion der „humanitären Einsätze" verschaffte es sich den Freiraum für den Kampfeinsatz im ehemaligen Jugoslawien, nachdem der Ausbruch dieses Krieges vorrangig von der deutschen Außenpolitik forciert wurde. Deutschland ist Kriegspartei und jeder und jede weiß es. Der Kriegseintritt knüpfte so nahtlos und unmerklich an die zuvor praktizierte Politik an und machte keine Veränderung im nationalistischen Alltag der BRD-Gesellschaft nötig, so daß nicht einmal ansatzweise öffentlicher Protest sichtbar wurde. Auch die damit einhergehende Militarisierung der Innenpolitik schlägt noch keine Wellen.

General Schönbohm bläst zum Angriff

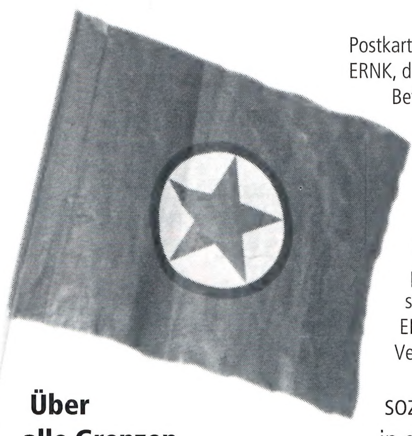
Zwar ist allgemein bekannt, daß inzwischen in Berlin ein ehemaliger General und damit ein Fachmann für Krieg die Verantwortung für die Innere Sicherheit übernommen hat. Doch Innensenator Schönbohm gibt sich rational-zurückhaltend: eben diese kalkulierende Rationalität, die einen General in der Logik des Krieges erst zum Sieger macht, wird jetzt als zivilpolitische Errungenschaft angepriesen - von „Berliner Zeitung" bis „Spiegel". Unter seiner Regie wird der Kurs gegen besetzte Häuser nochmals verschärft. Inzwischen gilt faktisch nicht einmal mehr die „Berliner Linie", nach der wenigstens langjährige Besetzungen geduldet wurden – diese Linie wurde aufgekündigt durch mehrere Räumungen im März dieses Jahres. Auf noch weniger öffentlichen Protest stieß die von Schönbohm verantwortete polizeiliche Stürmung zweier Berliner Zeitungsredaktionen und eines Büros der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär", um ein antimilitaristisches Plakat zu beschlagnahmen – bundesweit eingebettet in Vorstöße der Union, ein Sondergesetz zum „Ehrenschutz des deutschen Soldaten" einzuführen.

Kein Friede mit dem Imperialismus!

Gesellschaftliche Vorgänge wie diese bleiben noch so vergleichsweise harmlos, wie der Stand der Kriegsführung dies erlaubt. Die ersten erschossenenen deutschen Soldaten oder der Einsatz mit gesellschaftlich weniger akzeptierten Zielen wird aber zwangsläufig zu einer Polarisierung der Konflikte führen. Aufgabe der Radikalen Linken bleibt es, sich dieser Aufgabe zu stellen und schon jetzt das gesellschaftliche Bewußtsein zu schärfen.

Gegen das Nato-Treffen in Berlin vorgehen! (3.-4. Juni)

Internationalismus



Postkartengroße Fähnchen der ERNK, die den kurdischen Befreiungskampf symbolisieren und in der BRD verboten sind, sind der Anlaß dafür, daß die Polizei im vergangenen Jahr mehrere Demos in Berlin zusammenknüppelte. In anderen europäischen Ländern unterhält die ERNK offiziell geduldete Vertretungen.

Über alle Grenzen

Von Anfang an hatte der 1. Mai internationalistischen Charakter. Er wurde als Kampftag von der internationalen Arbeiterassoziation ausgerufen. Es fanden Massendemonstrationen von mehreren Millionen ArbeiterInnen in den USA und Europa statt. Sie waren Ausdruck der Stärke der organisierten Arbeiterklasse und ein Beispiel für die Notwendigkeit grenzsprengender Politik.

Internationalismus, der sich seine Verbündeten jenseits von Ländergrenzen und Nationen sucht, ist ebenso Voraussetzung der radikalen Linken wie die Orientierung an einer weltweiten Perspektive. Eine Perspektive, die die Kämpfe gegen das weltweite kapitalistische Verwertungssystem, den Imperialismus, mit einbeziehen muß.

Die Bedeutung des kurdischen Befreiungskampfes

Daß Internationalismus aktuell kein von Wunschdenken geprägtes Lippenbekenntnis für Kämpfe in weiter Ferne darstellt, sondern Anforderung an die konkrete Politik der BRD-Linken sein muß: dies Faktum setzt der kurdische Befreiungskampf.

500.000 KurdInnen allein in der BRD sind ein gesellschaftlicher Faktor. Ihre Massenaktionen heben die Trennung auf zwischen einem Befreiungskampf fern der europäischen Metropolen und dem politischen Alltagsgeschäft in Deutschland. Die kurdische Arbeiterpartei PKK ist die derzeit bedeutendste sozialistische Organisation, die in der BRD tätig ist.

Zwar ist der Charakter der kurdischen Politik im bundesdeutschen Exil an bürgerlich-demokratischen Argumentationen orientiert, doch der Kampf der kurdischen Revolution in Kurdistan hat klar antiimperialistischen Charakter.

Nationalistische Hetze...

Der Krieg gegen Kurdistan und die Konsequenz des Widerstands in der BRD bestimmen hier das innergesellschaftliche Klima. Die Russen kommen nicht mehr, „die Kurden kommen!" – mit reaktionären Sprüchen wie diesem wird nicht nur in Regionalzeitungen gehetzt. Der angebliche „Krieg der Ausländer" schweißt Herrscher und Beherrschte zusammen.

...und staatlicher Terror

Seit November 1993 wird die kurdische Bewegung in der BRD mit einem umfassenden Organisationsverbot angegriffen.

Die polizeilichen Maßnahmen zum kurdischen Neujahrsfest Newroz 1996 übertreffen alles, was seit der Fahndung nach sogenannten RAF-Sympathisanten Ende der siebziger Jahre und gegen KPD-Aktivitäten in den fünfziger Jahren geschehen ist.

Die humanitäre Maske fällt

Im Eiltempo werden dabei Grundsätze für erledigt erklärt, die bis vor kurzem als unverletzliche Rechtsgüter für die BRD herhalten mußten. Dies findet unter nationalistischen und offen rassistischen Vorzeichen statt. CSU-Landesgruppenchef Glos fordert bei Landfriedensbruch sofortige Ausweisung, da „Abschiebung wirksamer ist, als eine Strafe in Deutschland abzusitzen", im Klartext: Abschiebung nicht obwohl, sondern weil in der Türkei gefoltert wird. CSU-Generalsekretär Protzner fordert ein generelles Demonstrationsverbot für KurdInnen, will also das „Sippenhaft"-Prinzip wieder einführen.



Berlin 1996: Trotz verschärfter Repression setzen KurdInnen in Kreuzberg ihre Feier zum kurdischen Neujahrsfest Newroz durch.

Protest wird vom Tisch gefegt

Mit solchen Stimmen wird nicht nur ein rassistisches Klima geschaffen, in dem dann die tatsächlichen Gesetzesverschärfungen beinahe im nationalen Konsens durchgesetzt werden. Gleichzeitig werden durch die nationalistische Hintertür Rechtsgrundsätze vom Tisch gefegt, die den verbleibenen Spielraum für linke und linksradikale Politik sehr konkret einengen.

Solidarität ist eine Waffe

Die internationalistische Antwort der Linken kann in der momentanen Situation nur sein, sich mit dem kurdischen Kampf zu solidarisieren und ihn offensiv zu verteidigen, um den nationalen Konsens aufzubrechen. Bescheidenste Ansätze der Solidarität werden in der Öffentlichkeit stigmatisiert. Umso notwendiger ist es, dem Terror gegen KurdInnen aktiv entgegenzutreten – nicht nur am 1. Mai.

Hoch die internationale Solidarität!
Weg mit dem Verbot der PKK!

Aufruf zum Antifablock am revolutionären 1. Mai '96 im Prenzlauer Berg

Es gibt kein Ende der Geschichte

Zeichen setzen!

In Zeitungsartikeln wurde 1995 bereits im Vorfeld der revolutionäre 1. Mai in Berlin für erledigt erklärt. Zur Überraschung der Öffentlichkeit prägte an diesem Tag dann doch die radikale Linke das Bild in den Medien. Völlig einseitig wurden dabei nur die militanten Auseinandersetzungen auf der Straße wahrgenommen und aufgebauscht. Erwähnt wurde dabei bestenfalls noch, daß sich auch Teile der BewohnerInnen im Prenzlauer Berg solidarisierten. Tendenziell wurden sämtliche Vorfälle als entpolitisierte letzte Zuckungen der ehemaligen Linken dargestellt. Doch auch dadurch konnte die deutliche Signalwirkung nur abgeschwächt werden, daß sich offensichtlich entgegen allen Vorhersagen noch Widerstand auf der Straße regt.

Die Kämpfe führen!

Genauso wie der 1. Mai wurde die Linke in ihrer Gesamtheit totgesagt. Dabei wurde und wird auf das gängige ideologische Konzept zurückgegriffen, das als „Ende der Geschichte" in die Diskussion eingegangen ist. Es soll nahelegen, daß nach dem Zusammenbruch der Ostblock-Staaten, spätestens seit 1989 keine Alternative mehr zum Gesellschaftssystem des Kapitalismus existiert. Damit soll sich der Kampf der Linken um eine grundsätzlich andere Gesellschaftsform historisch erldigt haben. Die grundlegenden Fragen der Menschheitsgeschichte werden für beantwortet erklärt.

Es gibt kein Ende der Geschichte!

Sicher ist aber, daß wir nichts Gutes zu erwarten haben von den übriggebliebenen Prinzipien dieses Jahrhunderts, die sich weitgehend durchgesetzt haben: die nationalistische Volkstümelei sowie das grenzübergreifende kapitalistische Verwertungssystem, der Imperialismus. Diese können weder das Endstadium der Geschichte darstellen, noch irgendeine Frage in unserem Sinne beantworten. In diesen Zusammenhang stellen wir den diesjährigen 1. Mai unter das Motto „Es gibt kein Ende der Geschichte!". Wir verweisen auf die Notwendigkeit des Widerstands und fordern zum Weitermachen und Anfangen auf. Mit Geschichtsbezug wollen wir der Tendenz entgegentreten, den 1. Mai in Berlin als isoliertes, entpolitisiertes, sozusagen „zufälliges" Spektakel zu neutralisieren.

Die Ziele, für die der 1. Mai steht, haben offensichtlich noch immer Gültigkeit und Orientierungswert. Wenn es uns trotz all der Niederlagen noch immer um einen weltweiten emanzipatorischen Prozeß geht, dann ist ein gemeinsamer Kampf und internationale Solidarität eine Bedingung. Eine Bedingung für den Kommunismus, der alle Verhältnisse umwälzt, „in denen der Mensch ein geknechtetes, ein verlassenes, ein entäußertes, ein verächtliches Wesen ist." (Marx) Diesen Kampf gilt es zu führen!

Viele Linke haben die Waffe der Kritik nur noch gegen sich selbst und andere Kampfprozesse gerichtet. Selbstkritik allein schafft jedoch weder Imperialismus noch Patriarchat, weder Kapitalismus noch Rassismus ab.

Solidarität heißt Widerstand!

Es ist notwendig, den Widerstand zu organisieren, also ihm Dauer, Zielstrebigkeit und politische Schlagkraft zu verleihen. Wir müssen anfangen, neue Mobilisierungen gegen den permanenten imperialistischen Kriegszustand aufzubauen. Gegen sein blutiges Gesicht in Kurdistan genauso wie gegen die deutschen Zustände. Ohne selbst zu kämpfen, wird nichts passieren. Und das ist die Sache aller, die den Kapitalismus noch nicht als letzte Ewigkeit geschluckt haben. Die Sache aller, für die der revolutionäre 1. Mai noch eine Bedeutung hat. Heraus auf die Straße!

Kein Frieden mit dem Imperialismus!
Zusammen gehört uns die Zukunft!

V.i.S.d.P.: Hanno Kloße, Torstraße 54, 10117 Berlin



Demo · Berlin · 13 Uhr
U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz

Antifaschistische Aktion Berlin · c/o Nachladen · Waldemarstraße 36 · 10999 Berlin
Telefon/Fax: 0 30/6 15 73 29 · Bürozeiten im Nachladen: Freitag 16-20 Uhr

